

SOLIDARITÄT

Die ÖGB-Zeitschrift für die Arbeitswelt

IN DIESEM HEFT:

- Für Fairness am Bau
- Infos für Lehrlinge
- Persönliche Schutzausrüstung

Mehr Geld zum Leben

Seite 4–7

ÖGB
www.oegb.at



REPORTAGE
ZustellerInnen verteilen jeden Tag tonnenweise Post

Seite 10



RECHT
OGH Urteil: Wespenstich ist doch ein Arbeitsunfall

Seite 14



WIEN
Undok-Stelle, Spielefest 2014, Reifenaktion, Infoabend

Seiten 18/19

KOMMENTAR 3

ÖGB-Präsident Erich Foglar über Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit

TOPSTORY 4

Mehr Geld zum Leben:
Das ÖGB/AK-Modell entlastet

ARBEIT & POLITIK 9

Meldungen, Kommentar 9
Telegramm 13

REPORTAGE 10

Die Post: Mehr als nur ein paar Kilos

RECHTSFALL 14

Wespenstich in der Arbeitszeit

PORTRÄT 15

Bäcker: Täglich frisches Brot

SERVICE 17

Infos für Lehrlinge

BUNDESLAND 18-19

Aktuelles, Service, Kontakte

SERVICE/UNTERHALTUNG 20

Persönliche Schutzausrüstung 20
Kochen 21
Faires Spielzeug 22
Rätsel mit Gewinnspiel, Cartoon 23

ADRESSÄNDERUNGEN

Tel.: 01/534 44-39100

Montag–Donnerstag 8–16.30 Uhr,
Freitag 9–12 Uhr
oder unter service@oegb.at



Faire Milliardäre



VERMÖGENSSTEUERN sind nicht unbedingt das Lieblingsthema der Reichen. Trotzdem gibt es immer mehr Stimmen, die sie befürworten., Einer davon ist Red-Bull-Chef Dietrich Mateschitz, einr der reichsten Österreicher. Er findet Vermögenssteuern durchaus fair und legitim. Gerade in schwierigen Zeiten, in denen wir uns derzeit befinden, sollte jeder Einzelne, sofern er in der Lage ist, zusätzlich helfen, sagt Mateschitz, dessen Vermögen auf rund 9,2 Milliarden Dollar geschätzt wird. In die gleiche Kerbe schlägt Hans Peter Haselsteiner, Gründer des Baukonzerns Strabag: „Eine Erbschafts- und Schenkungssteuer wäre eine sozial verträgliche, gerechtfertigte und auch in den Zeitgeist passende Steuer.“

Ungerechte Verteilung



2.325 MILLIARDÄRINNEN gibt es derzeit weltweit. Laut einer Studie der Bank of Switzerland sind 33 davon ÖsterreicherInnen. Macht man es wie Dagobert Duck und wirft das Vermögen der zehn reichsten ÖsterreicherInnen auf einen Haufen, beträgt es stattliche 86 Milliarden Euro – Tendenz steigend. Im Gegensatz dazu fressen steigende Lebenshaltungskosten und kalte Progression den ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen die Haare vom Kopf. Von einer gerechten Verteilung des Steueraufkommens kann also keine Rede sein: Während die ArbeitnehmerInnen den Löwenanteil der Steuerlast auf ihren Schultern tragen, werden Vermögen in Österreich vergleichsweise gering besteuert.

IN LETZTER MINUTE



WECHSEL IN DER KOMMUNIKATION

Nani Kauer, bisher Leiterin der ÖGB-Kommunikation, wechselte Anfang September zum Wiener Krankenanstaltenverbund. Sie war seit 1996 im ÖGB beschäftigt, seit Anfang 2009 als Pressesprecherin des ÖGB-Präsidenten Erich Foglar, Leiterin der ÖGB-Kommunikation und Chefredakteurin der Mitgliederzeitschrift Solidarität. Ihre Nachfolgerin ist Alexa Jirez (siehe Seite 9).



BILDUNGSANGEBOT DES VÖGB 2015

Arbeitsrecht, Betriebsversammlung, Chancengleichheit, Kommunikation, Mitbestimmung, Rhetorik, Sozialrecht, Teamwork, Wirtschaft, Zivilcourage u. v. m.: Praxisnahe gewerkschaftliche Bildungsangebote für ArbeitnehmervertreterInnen von A bis Z finden Sie im VÖGB-Bildungsangebot 2015. Infos und Anmeldung: www.voegb.at, bildung@oegb.at oder 01/534 44-39255.

ERICH FOGLAR, ÖGB-Präsident, über Maßnahmen gegen Arbeitslosigkeit

JETZT MUSS GEHANDELT WERDEN!



© Häusler

Vor Kurzem wurden die neuen Arbeitslosenzahlen veröffentlicht. Und diese Zahlen geben einmal mehr Anlass zur Sorge. Ende September waren 369.043 Menschen ohne Job, um 9,9 Prozent mehr als vor einem Jahr. Auch wenn Österreich mit 4,7 Prozent nach wie vor die geringste Arbeitslosenquote in der EU aufweist:

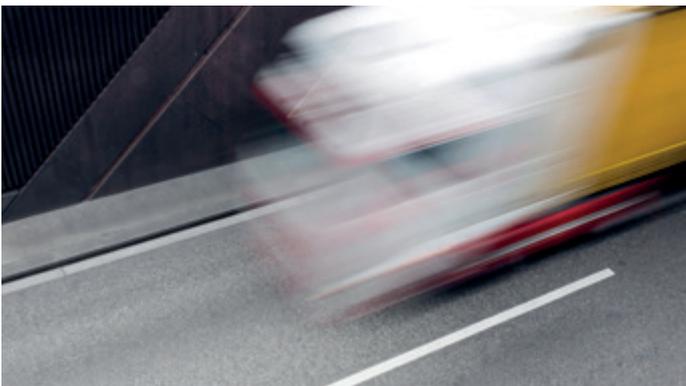
Es besteht dringender Handlungsbedarf! Mit dem ÖGB/AK-Steuermodell liegt ein Konzept auf dem Tisch, das durch eine spürbare Entlastung kleiner und mittlerer Einkommen zu mehr Wirtschaftswachstum führen würde. Mehr Netto vom hart erarbeiteten Brutto führt zu mehr Kaufkraft und kurbelt die Konjunktur an. Jetzt liegt es an der Regierung, rasch Maßnahmen zu setzen, um die ArbeitnehmerInnen und die Realwirtschaft zu stützen. Aber auch auf EU-Ebene muss gehandelt werden. Schwächelt die Konjunktur der EU, betrifft das auch uns. Umso wichtiger wäre es, sich endlich aus dem Wür-

gegriff des Stabilitätspaktes zu befreien und öffentliche Investitionen in die Infrastruktur zu ermöglichen. Wir brauchen leistbaren Wohnraum und keine sündteuren Spekulationsob-

»Wir müssen uns aus dem Würgegriff des Stabilitätspaktes befreien.«

jekte. Investitionen in den Wohnbau, Ausbau der Wasserkraft, Erweiterung und Erneuerung der Strom- und Gasnetze, des öffentlichen Verkehrs, der Breitbandausbau, Bau von Kindergärten u. v. m. sind gerade für die konjunkturabhängige Baubranche das Gebot der Stunde. Als flankierende Maßnahme begrüßt der ÖGB die Verschärfung des Lohn- und Sozialdumping-Bekämpfungsgesetzes und fordert, dass künftig bei Bauprojekten der Bestbieter und nicht der Billigstbieter zum Zug kommen soll. Das sichert österreichische Arbeitsplätze, den Wirtschaftsstandort und ist sozial gerecht.

IN LETZTER MINUTE



© marqs / photocase.de



© PEROUTKA Guenther / WirtschaftsBlatt / picturedesk.com



© BILDAGENTUR MÜHLANGER / picturedesk.com

KURZARBEIT BEI "MAN" SICHERT BESCHÄFTIGUNG

Beim Lkw-Bauer MAN in Steyr sollen ab Oktober für vorerst sechs Monate rund 2.000 der 2.400 Beschäftigten kurzarbeiten. Das Unternehmen rechnet nicht damit, dass 500 für den russischen Markt geplante Lkw noch heuer in Auftrag gegeben werden. „Diese Entwicklungen zeigen, wie wichtig es ist, für Krisensituationen ein wirksames Instrument zu haben, das viele Arbeitsplätze sichert“, so Rainer Wimmer, PRO-GE Vorsitzender. Kurzarbeit hat in den Krisen Jahren 2008 und 2009 fast 60.000 ArbeitnehmerInnen davor bewahrt, ihren Arbeitsplatz zu verlieren.

MEHR ARBEITSLOSE

Die Arbeitslosigkeit ist im September weiter gestiegen: Mit Ende des Vormonats waren fast 369.043 Menschen ohne Beschäftigung, um 9,9 Prozent mehr als im Vorjahr. Besonders betroffen sind Männer über 50, AusländerInnen und Menschen mit Behinderung.

BESTBIETER-PRINZIP

ÖBB und Asfinag schreiben ihre Projekte zukünftig nach dem Bestbieterprinzip aus – so wird Lohndumping bekämpft und Kunden und Beschäftigte profitieren. Die Gewerkschaft vida fordert diese Vorgehensweise bei der Buslinien-Vergabe in den Bundesländern.



KURZ & BÜNDIG

Das Leben in Österreich wird immer teurer, und die Menschen können sich immer weniger leisten. Davon weiß auch Familie F. ein Lied zu singen. Senad F. erklärt im Gespräch mit der »Solidarität« warum er und seine Freunde das ÖGB/AK Modell zur Senkung der Lohnsteuer unterstützen.

Damit das Leben kein Luxus wird

Das Steuersystem in Österreich hat Schief lagen. ÖGB und Arbeiterkammer haben ein Modell zur Lohnsteuersenkung erarbeitet, das für mehr Fairness sorgen würde.

Text: Amela Muratovic // Fotos: Michael Mazohl

Tausende Menschen in Österreich sind von Armut betroffen. Das bedeutet für 582.000 ÖsterreicherInnen, dass sie sich keine neuen Kleider leisten können, 313.000 können ihre Wohnung nicht angemessen warm halten, davon betroffen sind auch 84.000 Kinder. 224.000 können sich einen notwendigen Arztbesuch nicht leisten (davon 58.000 Kinder). Die Zukunftsperspektiven dieser Menschen sind nicht besonders rosig, denn das tägliche Leben wird immer teurer. Eine Dreizimmerwohnung in Wien kostet im Durchschnitt 600 Euro. Die Lage in den anderen österreichischen Bundesländern ist nicht viel besser: Weder in Tirol noch in Kärnten spuckt die Immobiliensuche auch günstigere Mieten aus. Laut aktueller Auswertung der Statistik Austria ist die Situation in Vorarlberg und Salzburg noch dramatischer. „Die steigenden Preise – von der Miete über die Heizkosten bis hin zum täglichen Einkauf – machen den Menschen zu schaffen. Viele müssen tag-

täglich am eigenen Leib erfahren, dass sie sich immer weniger leisten können“, bringt es ÖGB-Präsident Erich Foglar auf den Punkt. Das von ÖGB und Arbeiterkammer erarbeitete und kürzlich präsentierte Modell für ArbeitnehmerInnen und PensionistInnen soll eine spürbare Entlastung bringen. Die Lohnsteuer soll gesenkt und wirksame Maßnahmen gegen die kalte Progression* (siehe Info unten) sollen ergriffen werden. Eine Lohnsteuersenkung ist auch für die Wirtschaft gut: Wenn die Menschen mehr Geld zur Verfügung haben, geben sie auch mehr aus. Das kurbelt die Wirtschaft an und schafft Arbeitsplätze.

Angebote beachten – günstiger einkaufen

Dass das Leben immer teurer wird, weiß auch Senad F., (32). Er ist Obermonteur in einem Elektrizitätsunternehmen und Vater zweier Mädchen im Kindergartenalter: „Man merkt bei Gesprächen in der Firma oder auch bei Familienfeiern, dass es für viele immer schwieriger wird, mit dem Lohn auszukommen – vor allem in solchen Monaten, in denen mehr auf der Ausgabenliste steht. Zum Beispiel ist neben allen laufenden Rechnungen auch im September die Stromrechnung fällig. Oder im Herbst zum Beispiel, wenn die

*** Was ist die kalte Progression?**

Wenn die Bruttolöhne und -gehälter erhöht werden, rutschen viele ArbeitnehmerInnen oft in eine höhere Steuerstufe. Sie zahlen für das zusätzliche Einkommen einen höheren Steuersatz. Wird zum Beispiel das Bruttogehalt nur um die Inflation (= Teuerung durch Preissteigerungen) erhöht, bleibt den ArbeitnehmerInnen real kein Netto-Einkommenszuwachs. Ihre Kaufkraft steigt nicht. Dieser Effekt wird auch „kalte Progression“ genannt.

Das ÖGB/AK-Modell im Überblick:

Niedrigerer Eingangsteuersatz:

25 statt derzeit 36,5 Prozent.

Steuersätze: Ein neuer Steuertarif mit sechs Stufen statt derzeit nur drei macht den Steuerverlauf gleichmäßiger und gerechter.

JAHRESEINKOMMEN	GRENZSTEUERSATZ
11.000 bis 20.000 Euro	25 Prozent
20.000 bis 30.000 Euro	34 Prozent
30.000 bis 45.000 Euro	38 Prozent
45.000 bis 60.000 Euro	43 Prozent
60.000 bis 80.000 Euro	47 Prozent
Ab 80.000 Euro	50 Prozent

Höhere Absetzbeträge:

Arbeitnehmerabsetzbetrag und Verkehrsabsetzbetrag werden auf insgesamt 450 Euro jährlich erhöht. Dadurch muss weniger Lohnsteuer bezahlt werden.

Steuergutschrift: 450 Euro pro Jahr als Negativsteuer, damit auch diejenigen ArbeitnehmerInnen etwas davon haben, die zu wenig verdienen, um lohnsteuerpflichtig zu sein. Das betrifft auch die meisten Lehrlinge.

PensionistInnen: Erstmals sollen auch PensionistInnen eine Steuergutschrift (Negativsteuer genannt) in der Höhe von 110 Euro pro Jahr bekommen.

beitszeiten auch mit der Kinderbetreuung vereinbar sein. Umso mehr be-

fürworten Almira und Senad die ÖGB-Kampagne „Lohnsteuer runter!“

Die beiden ha-

ben die Initiative sowohl im Familien- und Freundeskreis, als auch in der Firma beworben. „Noch geht es meiner Familie und

mir relativ gut, auf notwendige Dinge müssen wir derzeit noch nicht verzichten. Aber im Gegensatz zu früher achten wir vermehrt auf Sonderangebote und versuchen so ein wenig Geld einzusparen. Das Leben ist für Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen viel teurer geworden, und ich hoffe, dass die Regierung die Vorschläge des ÖGB und der AK für eine Lohnsteuersenkung übernimmt und endlich uns arbeitende Menschen entlastet. Es ist wirklich höchste Zeit dafür“, bekräftigt der Obermonteur.

Entlastung, die allen etwas bringt

Von steuerlicher Gerechtigkeit ist die Alpenrepublik noch weit entfernt. Auf der einen Seite sind Millionen Menschen in Österreich armutsgefährdet, auf der anderen werden Reiche immer reicher. Auf 100.000 Haushalte kommen mehr als acht Haushalte, die ein Vermögen von mehr als 80 Millionen Euro besitzen. Damit ist Österreich bei den Vermögen Spitzenreiter in der EU und weltweit auf dem dritten Platz, Tendenz gleichbleibend. Während

der Faktor Arbeit hierzulande sehr hoch besteuert ist, bleiben große Vermögen beinahe unangetastet. „Diese Schieflage muss endlich ein Ende haben“, fordert ÖGB-Präsident Foglar. Insgesamt würde das ausgearbeitete ÖGB/AK-Modell eine Lohnsteuerentlastung in Höhe von 5,9 Milliarden Euro bringen. Konkret bedeutet das für jemanden, der 1.500 Euro brutto verdient, dass er nur noch rund die Hälfte der bisherigen Lohnsteuer, das heißt 597,72 Euro statt 1.132,29 Euro, im Jahr zahlen müsste. Oder jemand der 1.000 Euro brutto verdient, bekommt statt der bisherigen Negativsteuer von 110 nun 450 Euro Steuergutschrift im Jahr. Für die Gegenfinanzierung sieht das ÖGB/AK-Modell verschiedenen Maßnahmen vor: Scharfe Sanktionen bei Steuerbetrug, Reformen, die etwa Doppelförderungen vermeiden oder die Beseitigung von Ausnahmen im Steuersystem. Auch

Schule wieder anfängt. Viele Eltern erzählen mir, dass die Kosten für den Schulbeginn erstaunlich hoch sind“, berichtet Senad. Familie F. ist derzeit ausschließlich auf das Einkommen von Senad F. angewiesen – Mutter Almira war bis vor einem halben Jahr in Karenz und ist seitdem arbeitslos. „Mit zwei kleinen Kindern sind hohe Ausgaben vorprogrammiert. Gerade die Kosten für täglich notwendige Hygieneartikel oder

Medikamente – die Kleinen sind oft krank – sind in den vergangenen Jahren gestiegen: „Im letzten Halbjahr habe ich eine Weiterbildung gemacht und hoffe, dass es bald mit einer neuen Anstellung klappt. Darüber würde sich natürlich auch unsere Haushaltskasse sehr freuen“, sagt die gelernte Handelsangestellte. Die Arbeitssuche gestaltet sich für die junge Mutter allerdings nicht ganz einfach, letztendlich müssen die Ar-


Alexander Biringer, Selbstständiger

»Weil damit die Einkommensteuer gesenkt würde und auch wir Selbstständigen davon profitieren würden.«



LOHNSTEUER RUNTER: WARUM JETZT?

Der ÖGB fordert eine spürbare Lohnsteuersenkung – und zwar rasch. Die Kosten für Miete, Heizung und Lebensmittel explodieren. Trotz gut verhandelter Lohn- und Gehaltserhöhungen bleibt den Menschen immer weniger Geld übrig. Das ist nicht nur ungerecht, sondern schadet auch der österreichischen Wirtschaft.


Gül Yanik, Sicherheitsbedienstete

»Eine Lohnsteuersenkung ist besonders jetzt wichtig, weil alles teurer wird. Aber bitte nicht auf Kosten von uns ArbeitnehmerInnen.«


Jennifer Frühstück, IT-Lehrling

»Vor allem junge Menschen brauchen mehr Geld, um sich eine eigene Wohnung leisten zu können bzw. um sie auch einzurichten«


Ingrid Peter, Pensionistin

»Eine Steuersenkung ist gut für alle und die Menschen hätten mehr Geld in der Tasche. Aus diesem Grund unterstütze ich die ÖGB-Forderung.«

vermögensbezogene Steuern würden dem Fiskus jährlich große Summen bringen. Ein Teil des Entlastungsvolumens von 5,9 Milliarden Euro könnte sich selbst finanzieren: wird die Kaufkraft angekurbelt, kommt das Wirtschaftswachstum durch verstärkten Konsum.

Ungeplantes erschwert die Situation

„Erst vor einigen Monaten ist meine Waschmaschine kaputtgegangen. So etwas ist nicht vorhersehbar und

ich musste drei Monate sparen, bevor ich mir eine neue kaufen konnte“, erzählt die Drogistin Karin K. Die 48-jährige Alleinerzieherin arbeitet Teilzeit und weiß, wie schwer es ist, heutzutage mit nur einem Gehalt über die Runden zu kommen. „Es gibt immer wieder Momente, in denen ich genau darüber nachdenken muss, ob ich mit meinem Sohn Pizza essen gehen kann. Auswärts essen, ein Kinobesuch oder gar ein Sommerurlaub sind mittlerweile zum Luxus geworden“, erklärt Karin K.

und spricht genau das aus, was sich auch viele andere in diesem Land denken. Fast 750.000 Menschen unterstützen mit ihrer Unterschrift bereits die ÖGB-Forderung nach einer Lohnsteuersenkung, 100.000 Fans auf Facebook verleihen ihr mit einem „Like“ Nachdruck. „Eine Lohnsteuersenkung, wie ÖGB und AK sie fordern, würde mir einiges erleichtern. Mein Sohn könnte dann schon früher den Führerschein machen, oder ich könnte mir etwas auf die Seite legen für geplante In-

vestitionen. Schließlich sind auch andere Elektrogeräte in meinem Haushalt einige Jahre alt“, meint Karin K. Auch Familie F. wüsste mit mehr Geld viel anzufangen: „Die Kinder brauchen für ihr Alter passende Fahrräder. In ein paar Jahren werden sie einen eigenen Fernseher wollen. Den Großteil des Geldes, der uns netto mehr bleiben würde, würden wir sofort wieder ausgeben. Aber einen Teil wollen wir ansparen, um uns irgendwann den Traum von einem Haus zu erfüllen.“

**WEIL SICH'S GERADE JETZT AUSZAHLT,
DIE PENSION AUFZUFETTEN.**



Holen Sie sich jetzt die VorsorgeBox Österreich!

Mit dieser Pensionsvorsorge* bekommen Sie eine ganze Monatsprämie geschenkt – und zwar bis 15. November 2014.

Mitten im Leben.
www.bawagpsk.com



*) ein Produkt der BAWAG P.S.K. Versicherung AG

WECHSEL AN DER SPITZE



© Harold Naajjar

Die Vizepräsidentin und Frauenvorsitzende des ÖGB, Sabine Oberhauser, legte mit ihrer kürzlichen Angelobung zur Gesundheitsministerin ihre Funktionen im ÖGB zurück. Oberhauser war seit 2009 ÖGB-Vizepräsidentin und seit April 2013 ÖGB-Frauenvorsitzende. Ihre Nachfolge tritt Renate Anderl (Bild) von der Gewerkschaft PRO-GE an. „Mit Anderl tritt eine erfahrene und kämpferische Gewerkschafterin die Nachfolge von Sabine Oberhauser an“, so ÖGB-Präsident Erich Foglar.

PROBLEMFALL KINDERBETREUUNG

Immer mehr berufstätige Eltern sind mit dem Betreuungsangebot für ihre Kleinsten unzufrieden. Seit 2012 hat sich der Anteil der Beschäftigten, die zufrieden sind, von 55 auf 52 Prozent verringert. Das zeigt die aktuelle Auswertung des österreichischen Arbeitsklima-Index. Ein Hauptgrund für den Rückgang könnte die steigende Kostenbelastung sein. Konkret wird 2014 die Kostenbelastung von 36 Prozent der Frauen und 42 Prozent der Männer als (sehr) stark eingeschätzt. 2012 waren 26 Prozent der Frauen und nur 12 Prozent der Männer dieser Meinung.



© markusspiske / photocase.de

GESETZ WIRD VERSCHÄRFT



© ÖGB-Bildarchiv

„**Schwarze Schafe**“ sollen stärker bestraft werden. Das im Jahr 2011 in Kraft getretene Lohn- und Sozialdumpinggesetz soll verschärft werden. Die wichtigsten Neuerungen: Lohnkontrollen auch bei Sonderzahlungen und Zulagen, Verwaltungsstrafen bei fehlenden Lohnunterlagen werden erhöht, ArbeitnehmerInnen müssen informiert werden, wenn ein Strafbescheid wegen Unterbezahlung gegen den Arbeitgeber vorliegt und die Verjährung im Fall des Lohndumpings neu geregelt.

KOLUMNE

KEINE PANIK!



Das Thema Verteilungsgerechtigkeit verliert nichts von seiner Brisanz. Die letzten Wochen hat uns besonders die Steuerreform beschäftigt – wer davon profitieren soll, wer mehr und wer weniger beitragen muss als bisher. Sehr laut waren die Rufe derer, die meinen, den „Mittelstand“ zu vertreten. „Wie lange gehört mein Haus noch mir?“, fragten sich selbst ernannte Mittelstandsproponenten und blickten sorgenvoll aus großflächigen Inseraten. Ich kann sie alle beruhigen: Das ÖGB/AK-Modell sieht vor, dass wirklich alle ArbeitnehmerInnen weniger Lohnsteuer berappen. Im Fokus steht die Entlastung der unteren und mittleren Einkommen – denn hier besteht der größte Handlungsbedarf. Wie echte Vertreter

»Steuern sind keine Sanktion.«

der Mittelschicht das ÖGB/AK-Modell bewerten und wie sie ihr Leben bestreiten, erfahren Sie auf den Seiten 4 bis 7. Was gerne unerwähnt bleibt: Steuern sind keine Sanktion, mit der der Staat sich am Einzelnen bereichert. Von Steuern haben alle etwas. Schulen und Straßen, Kindergärten, Krankenhäuser, Öffis – all das und noch mehr wird mit Steuern finanziert. Und dass jene, die sehr viel mehr verdienen als andere, auch ein bisschen mehr zurückgeben, ist keine Gnade, sondern der Grundpfeiler einer solidarischen Gesellschaft. In diesem Sinne – viel Vergnügen beim Durchblättern der »Solidarität«.

Alexa Jirez, Chefredakteurin

Ihre Meinung interessiert uns:
soli@oegb.at



SIE VERTEILEN BEI JEDEM WETTER

Text: Amela Muratovic // Fotos: Harold Naaijer



Sechs Uhr morgens. Postzusteller Daniel Böheim ist bereits voll in seinem Element. Im Gegensatz zu den BesucherInnen an diesem trüben Septembermorgen ist bei ihm keine Spur von Müdigkeit zu erkennen. Während er seinen Stapel Briefe in bestimmter Reihenfolge sortiert, scherzt er mit den KollegInnen seiner Gangordnung. „In unserem Gang geht es nicht so ruhig zu wie in den anderen Gängen. Wir reden und scherzen viel miteinander, aber das wichtigste ist, dass wir versuchen im Team zu arbeiten und einander zu helfen“, erzählt Böheim, der seit sieben Jahren als Zusteller bei der Österreichischen Post beschäftigt ist.

Ein knochenharter Job

In der Post-Zustellbasis für den 21. Wiener Gemeindebezirk herrscht frühmorgens Hochbetrieb. 90 MitarbeiterInnen sortieren Brief- und Werbesendungen, schieben Transportwagen, füllen Transportkarren mit der zuzustellen-



DER 24-JÄHRIGE THOMAS GRAFL ist seit zwei Jahren bei der Post. „Eingeschriebene Briefe müssen im Computer eingegeben werden, damit auch der Kunde alles nachverfolgen kann“, erzählt er.



NOCH BEVOR DIE ZUSTELLBASIS verlassen wird, werden alle anstehenden Benachrichtigungen ausgefüllt. Das spart Zeit, falls jemand nicht zu Hause angetroffen wird.

»Besonders ältere Menschen warten morgens auf den Briefträger.«

Manuela Gruber, Postzustellerin

den Post – darunter 15 Frauen. Etwa 72.000 Haushalte in Floridsdorf werden fast täglich beliefert. Ob zu Fuß, mit dem Fahrrad oder Postauto. Bei Regen, Schnee oder glühender Hitze: Jede/r Post-Beschäftigte hat rund 600 bis 1.000 Abgabestellen, für die sie/er zuständig ist, und vier bis sechs Post-

säcke bis zu je 30 Kilogramm, die verteilt werden müssen. Dass ZustellerIn ein harter Job ist, weiß Manuela Gruber, die seit acht Jahren dabei ist: „Man gewöhnt sich an die Tätigkeit, aber es ist nicht einfach. Die größten Probleme bereiten mir meine Rückenschmerzen.“

E-Mail statt Brief

1.000 bis 2.500 Zusendungen fallen pro Tag auf eine/n ZustellerIn. Nach jahrelanger Erfahrung wissen die Beschäftigten bereits, wann mehr Zusendungen auf sie zukommen – etwa



Auf die Frage einer Bewohnerin, ob heute auch etwas für sie dabei ist, antwortet der Briefträger ohne nachzuschauen mit „Nein“. Für ihn eine Selbstverständlichkeit, sich so etwas während des Ordners der bis zu 1.000 Briefe zu merken.



Auf Karren werden bis zu 30 Kilogramm schwere Postsäcke deponiert, die später für die ZulieferInnen, die zu Fuß oder mit dem Moped unterwegs sind, auf das Depot gebracht werden.



ZWEI BIS DREI STUNDEN sortieren und bereiten die ZustellerInnen alle Poststücke vor, bevor sie die Zustellbasis in Richtung Kunden verlassen.

am Monatsanfang, wenn die Mietvorschreibungen versendet werden, oder in der Weihnachtszeit, wenn der Geschenkversand beginnt. Etwas ruhiger ist es in den Sommermonaten, da viele Menschen auf Urlaub fahren. „Auffällig ist, dass wir heutzutage nicht mehr so viele Briefe zustellen. Seitdem fast jeder Haushalt einen Computer besitzt, haben E-Mail und SMS den handgeschriebenen Brief ersetzt. Dass die Arbeit deswegen weniger geworden ist, kann man aber nicht behaupten. Mit fortschreitender Technologie boomt auch der Onlinehandel, die Menschen kaufen immer öfter im Internet ein, somit gleicht sich das aus“, berichtet Kurt Holzer, Personalvertreter.

„Chefin“ gut – alles gut

In den vergangenen Jahren wurden rund 4.000 MitarbeiterInnen im Postdienstbereich eingespart. Die Mehrheit der Beschäftigten in der Zustellbasis für den 21. Bezirk hat aber keine Angst davor, dass ihre Rayone und somit auch die tägliche Belastung größer werden. „Über Personalmangel können wir uns

derzeit nicht beklagen, aber das neue Zeiterfassungssystem ist ein Problem“, sagt Zusteller Michael Künstler. Im Zeiterfassungssystem müssen die Ankünfte in der Dienststelle, das Verlassen, Pausenzeiten und Arbeitsende eingetragen werden. Das Problem: Ist einmal ein Zusteller schneller fertig als erwartet, notiert das System Minusstunden, obwohl

die Arbeitsmenge die gleiche und die Belastung nicht weniger war. „Wenn man aber so eine tolle Chefin hat wie wir, dann kommt man auch mit solchen und ähnlichen Problemen relativ gut zurecht“, spricht Künstler Lobeshymnen auf die Zustellbasis-Chefin Manuela Fichtenbauer, wobei ihm seine KollegInnen eindeutig zustimmen.



Michael Jahn macht den Amtsdienst: Er ist der Zuarbeiter für die Briefträger. In seiner Arbeitszeit bringt er unter anderem die Post zu den ZustellerInnen, sammelt Leerkisten ein und belädt die Lkw.

+++ TELEGRAMM +++

meldungen im zeitraffer

+++ KNEBELVERTRÄGE. In jedem dritten Dienstvertrag finden sich Konkurrenzklauseln, obwohl diese eigentlich nur für Führungskräfte gedacht waren. Noch deutlich schlimmer ist es in Betrieben ohne Betriebsrat. Der ÖGB fordert das Verbot von Konkurrenzklauseln. **+++ AK-PRÄSIDENT.** Rudi Kaska, früherer Vorsitzender der Gewerkschaft vda, wurde erneut zum Präsidenten der Bundesarbeitskammer gewählt. **+++ BURN-OUT.** Erstmals hat die OECD die Qualität der Arbeit gemessen. Österreich schneidet insgesamt bei der Beschäftigungsqualität nur „mittelgut“ ab. Die Arbeitssicherheit ist besser als in vielen anderen OECD-Ländern (6. Platz), die Qualität des Arbeitsumfelds dagegen schlechter. Lange Arbeitszeiten und hoher Zeitdruck verweisen Österreich hier auf Platz 27 von 32. **+++ FRAUEN-EINKOMMEN.** Geht es nach den ÖGB-Frauen, sollen Firmen, die keine Einkommensberichte legen, künftig Sanktionen drohen. Außerdem sollen auch kleinere Firmen Einkommensberichte erstellen müssen. **+++ SPITÄLER.** Die Arbeitszeit der Ärztinnen und Ärzte wird bis Mitte 2021 schrittweise auf das von der EU vorgegebene Maß von 48 Wochenstunden gesenkt. Derzeit können sie noch bis zu 72 Stunden pro Woche arbeiten. **+++ E-CARD.** Die E-Card sieht ab sofort anders aus. Die neue Generation der Krankenversicherungskarte ist robuster und leichter. Alte Karten bleiben aber gültig. **+++ PRAKTIKUM.** Missstände bei Praktika können auf der Plattform watchlist-praktikum.at anonym gemeldet werden. Die Daten werden an die Gebietskrankenkassen weitergeleitet, die die Unternehmen prüfen und gegebenenfalls strafen können. **+++ PFLEGE.** Ab 2016 soll das Pflegegeld um zwei Prozent erhöht werden. Schon ab 2015 soll der Zugang zu den untersten beiden Pflegegeldstufen erschwert werden. **+++ AUA-KV.** AUA und Betriebsrat haben sich auf die Eckpunkte eines neuen Kollektivvertrags geeinigt. So wird die Überführung des Bord-Personals in den schlechter bezahlten Tyrolean-KV wieder rückgängig gemacht. **+++ ONLINE.** Weitere News auf www.oegb.at



NEUE E-CARD ist robuster und leichter.



BURN-OUT: Österreich schneidet mittelmäßig ab.

© Wilfried GREDLER-OXENBAUER/picturetest.com

© Fotolia/bonix

KOMMENTAR /// Josef Muchitsch, Vorsitzender der Gewerkschaft Bau-Holz

MEHR FAIRNESS AM BAU



© GBH

Scheinselbstständigkeit, Scheinfirmen, ausufernde Subvergaben, Sozialbetrug: Am Bau kämpfen wir stärker als in anderen Branchen gegen Betrug, der zigtausende Arbeitsplätze kostet und seriöse Firmen in den Ruin treibt. Scheinselbstständigkeit wird zur Ersparnis der Lohnkosten eingesetzt. In den Kontrollen der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse wird in mehr als 60 Prozent der grüpf-

ten Fälle Scheinselbstständigkeit nachgewiesen. In den letzten Jahren konnten wir zwar viele gesetzliche Maßnahmen durchsetzen, die wirksam sind – neue Betrugsmethoden fordern jedoch ein Nachziehen in der Bekämpfung.

Aktuell arbeiten wir an zwei „Baustellen“: Wir fordern bei Kontrollen eine Einbeziehung aller Entgeltbestandteile, schärfere Strafen bei Nichtbereithaltung der Lohnunterlagen, eine Beschränkung der Subunternehmerkette und mehr Kontrollen. Zweitens darf künftig nicht mehr der Billigstbieter automatisch öffentliche Aufträge be-

kommen, denn es zeigt sich gerade am Bau: je billiger das Angebot, desto größer anscheinend die Gauner dahinter! Deshalb fordern wir mit unserer Sozialpartner-Initiative „Faire Vergaben sichern Arbeitsplätze!“ (www.faire-vergaben.at) ein Bestbieterprinzip für öffentliche Ausschreibungen. Das heißt, zum Zug kommen dürfen nur Firmen, die zusätzliche Eignungskriterien erfüllen. Dazu zählen Beschäftigung von Eigenpersonal, Lehrlingen, Älteren sowie Bonität. Das sichert regionale Arbeitsplätze und Unternehmen und bringt dem Staat zusätzliche Einnahmen.

WESPENSTICH = ARBEITSUNFALL

Wird ein ASVG-Versicherter während der Arbeit von einer Wespe gestochen und stirbt infolge eines anaphylaktischen Schocks, so ist sein Tod Folge eines Arbeitsunfalls, sagt der Oberste Gerichtshof.

von Amela Muratovic

Ein Arbeitnehmer, der in einem Malerbetrieb beschäftigt war, musste auf dem Betriebsgelände ein Gerüst aufstellen. Das Gelände ist von Wiesen und Obstkulturen umgeben und der Mann wurde bei dieser Tätigkeit von einer Wespe gestochen. Er lief sofort in die Werkstätte und brach dort zusammen. Unmittelbar darauf verstarb er aufgrund eines anaphylaktischen Schocks. Dass er auf Wespengift allergisch reagierte, hatte der Arbeiter nicht gewusst.



Tochter klagt an

Die Allgemeine Unfallversicherungsanstalt (AUVA) verweigerte die Anerkennung des Ereignisses als Arbeitsunfall, wogegen die Tochter des Verstorbenen Klage auf die Leistung einer Waisenrente und der Bestattungskosten beim Arbeits- und Sozialgericht einbrachte. Das Erstgericht war der gleichen Meinung wie die AUVA und wies die Klage ab. Die Begründung: Bei einem Wespentich handle es sich um keinen Unfall. Der Tod des Vaters sei auf eine rein innere Ursache, nämlich seine Allergie auf Wespengift, zurückzuführen. Er war durch seine berufliche Tätigkeit keinem erhöhten Gefahrenmoment ausgesetzt. Das Berufungsgericht hingegen sah das ganz anders und sprach der Klägerin die Waisenrente zu. Der Tod ihres Vaters sei die Folge eines Arbeitsunfalls. Eine erhöhte Gefährdung ist bei einem Unfall, der während der Arbeitszeit passiert, nicht erforderlich.

Letztlich musste der Oberste Gerichtshof (OGH) den Sachverhalt beurteilen und war im Wesentlichen der gleichen Ansicht wie das Be-

rufungsgericht: Die Höchstrichter gaben der Tochter des Verstorbenen recht. Die Tätigkeit des Versicherten zur Zeit des Wespentichs erfolgte im Rahmen seines Arbeitsverhältnisses, sodass er zum Unfallzeitpunkt grundsätzlich unter Versicherungsschutz stand. Der Umstand, dass ein Stich durch ein Insekt jederzeit und an jedem anderen Ort hätte eintreten können (Gefahr des täglichen Lebens, wie etwa Stolpern, Ausrutschen) steht der Annahme eines Arbeitsunfalls nicht entgegen - auch wenn kein spezifischer Zusammenhang mit der versicherten Tätigkeit besteht.

OGH-Urteil bestätigt

Ein Wespentich sei, so wie ein Hundebiss, aber kein alltägliches Ereignis, sagt der OGH. Fakt ist, dass der Wespentich während der Arbeitszeit erfolgte und der Unfall auch die wesentliche Todesursache des Versicherten war – nicht bloße Gelegenheitsursache. Somit handelt es sich laut dem OGH bei dem Wespentich um einen Arbeitsunfall. Die AUVA muss der Tochter des Verstorbenen somit die Bestattungskosten ersetzen sowie die Waisenpension auszahlen.



Für eine Beratung in arbeitsrechtlichen Fragen wenden Sie sich an die zuständige Gewerkschaft:
www.oegb.at/gewerkschaften

RECHTSSCHUTZ

Als ÖGB-Mitglied haben Sie kostenlosen Anspruch auf Rechtsschutz und Rechtsberatung in arbeits-, dienst- und sozialrechtlichen Fragen.

Der Rechtsschutz deckt die Kosten für Anwältin oder Anwalt, Expertisen und Gerichtsverhandlung. Er besteht für alle Streitigkeiten im Zusammenhang mit beruflichen und gewerkschaftlichen Tätigkeiten.



BACKE, BACKE ... AUCH KUCHEN!



Eine Teigkarte (nicht auf dem Bild zu sehen) begleitet den/die BäckerIn am längsten und am häufigsten. Sie kann zum Beispiel zum Ablösen des Teigs von der Arbeitsplatte, von Waagen und anderen glatten Oberflächen verwendet werden.

Teigkarte

Neben einer Arbeitsuniform (von Betrieb zu Betrieb anders geregelt) braucht ein/eine BäckerIn aus hygienischen Gründen eine Kopfbedeckung (Mütze, Kappe etc.), um etwa Haare zurückzuhalten, und zum eigenen Schutz auch rutschfeste Sicherheitsschuhe.

Arbeitskleidung

Rollholz

Wie jeder andere Handwerker auch, haben BäckerInnen spezielle Handwerkzeuge, die ihnen die tägliche Arbeit erleichtern und entsprechend gute Ergebnisse ermöglichen.

BERUFUNG: BÄCKERIN

Bei dem/der BäckerIn gibt es täglich frisches Gebäck und viele verschiedene Brotsorten sowie Kuchen und Mehlspeisen. Die Aufgaben des Bäckers/der Bäckerin sind unter anderem die Herstellung der Teigmischungen aus Rohstoffen, Überwachung der Gärung und Entstehung des Teigs und Gestaltung der Backwaren – vom Garnieren bis zum Befüllen. Ebenso warten und bedienen sie die Anlagen und Maschinen zur Herstellung von Backwaren. BäckerInnen arbeiten in handwerklichen Betrieben in der Backstube, in Brotfabriken, im Verkauf aber auch in Hotels und Restaurants.

Die Ausbildung in Österreich dauert in der Regel drei Jahre und setzt sich aus einem praktischen und einem theoretischen Teil zusammen. Der Lehrling arbeitet im Betrieb mit und lernt durch den/die BäckermeisterIn sein/ihr Handwerk. In der Berufsschule eignet er sich theoretisches Wissen an.

SEIT
190
JAHREN

AUF EINE SORGENFREIE PENSION

1. Kommt es anders 2. Als man denkt 3. Jetzt vorsorgen:
Mit der Wiener Städtischen, die sich seit 1824 darum kümmert,
ihren Kundinnen und Kunden in jeder Lebenslage Sorgen abzu-
nehmen. Damals, heute und in Zukunft.

IHRE SORGEN MÖCHTEN WIR HABEN

wienerstaedtische.at
facebook.com/wienerstaedtische 

WIENER 
STÄDTISCHE
VIENNA INSURANCE GROUP

Das Lehrverhältnis ist ein Ausbildungsverhältnis, das maximal vier Jahre dauern darf. Die genaue Dauer der Lehrzeit ist neben weiteren Angaben im Lehrvertrag geregelt.

Haben Lehrlinge besondere Pflichten?

Trinko: Ja! Lehrlinge müssen sich bemühen, den Lehrberuf zu erlernen, und dafür die Berufsschule besuchen. Ihnen muss aber auch die Gelegenheit dazu gegeben werden, all das zu lernen, was sie für ihren Job brauchen. Lässt sie der Ausbilder oder die Ausbilderin aber nur sauber machen, müssen sich Lehrlinge das nicht gefallen lassen. Der/die Lehrberechtigte muss ihnen die praktischen Fertigkeiten des Berufs sowie die theoretische Fachausbildung beibringen.

Was können Lehrlinge tun, wenn sie nicht richtig ausgebildet werden?

Trinko: Lehrlinge dürfen nur

Arbeiten machen, die ihrer Ausbildung dienen. Wenn Lehrlinge aufgefordert werden berufsfremde Tätigkeiten zu verrichten, dürfen sie diese verweigern. Zunächst sollten sie aber mit der/dem

sprach auf die sogenannte Lehrlingsentschädigung inklusive Weihnachts- und Urlaubsgeld sowie auf Urlaub und auf Freistellung für den Berufsschulbesuch. Wenn die Internatskosten



MICHAEL TRINKO

WAS LEHRLINGE WISSEN MÜSSEN

Michael Trinko, ÖGB-Bundesjugendsekretär, über Rechte und Pflichten.

AusbildnerIn über die Situation sprechen. Wenn es einen Jugendvertrauensrat oder Betriebsrat gibt, ist es sinnvoll als Erstes mit diesem Kontakt aufzunehmen. Die Jugendlichen können sich aber auch an uns, die Gewerkschaftsjugend, wenden.

Was steht Lehrlingen noch zu?

Trinko: Lehrlinge haben An-

sprüche höher sind als die Lehrlingsentschädigung, muss der/die Lehrberechtigte die Mehrkosten übernehmen. In manchen Kollektivverträgen ist die vollständige Übernahme der Internatskosten geregelt.

Und was sollten sie unbedingt beachten?

Trinko: Wichtig ist, dass sich der Betrieb an seine gesetzlich vorgeschriebenen Pflich-

ten hält. Aber auch Lehrlinge haben ihre Pflichten zu erfüllen. Zum Beispiel müssen sie den Arbeitgeber sofort verständigen, wenn sie krank sind. Bei schwerwiegenden Pflichtverletzungen kann der Betrieb in gewissen Fällen das Ausbildungsverhältnis vorzeitig lösen.

INFORMATIONEN

Die Gewerkschaftsjugend hilft bei Fragen und Problemen in der Ausbildung oder im Beruf: www.oegj.at

BUCHTIPP

DER EURO KANN NICHT DAS EINZIG ENTSCHEIDENDE SEIN



Er war der „bunte Vogel“ der ÖVP und Wiener Vizebürgermeister, er war Vizekanzler und später an der Spitze zahlreicher Initiativen, die sich Europa nach der Ost-West-Teilung widmen. Nun hat Erhard Busek „Lebensbilder“ veröffentlicht. Erinnerungen, aber auch eine Streitschrift für Engagement in der Welt: „Wir können uns nicht abschnitten, sondern sind von allem betroffen. Bewältigbar ist diese Situation nur, wenn wir uns engagieren. Sinnvolles Engagement verlangt Kenntnis nicht nur der Nachbarn,

sondern auch der größeren Welt, und es verlangt Fantasie.“ Seine Idee von Europa ist mehr als die gemeinsame Wirtschaft: „Der Euro kann nicht das einzige Entscheidende sein, Kultur ist mindestens ebenso konstitutiv.“ Und Busek, dem vorgehalten wurde, zu gescheit

»EUROPA MUSS EIN KONTINENT DER BILDUNG SEIN, WENN ES SEINE QUALITÄT ERHALTEN UND WEITERENTWICKELN WILL. DAS IST EINE FRAGE AUF GEDEIH UND VERDERB.«

für die Politik zu sein, rechtfertigt sich: „Auch wurde mir eine gewisse Arroganz nachgesagt, deren Wurzeln wohl mehr darin liegen, dass mich Dummheit mehr als vieles andere ärgert und ich diesen Ärger nie unterdrücken konnte.“

Erhard Busek, Lebensbilder, Kremayr & Scheriau, 288 Seiten, 24 Euro

„RECHTSEXTREME SZENE“



© Maurhausen Komittee

Die rechtsextreme Szene hat sich verändert, was vor allem an ihrem äußeren Erscheinungsbild deutlich wird. Zu erkennen, welche Modemarken, Szene- und Dresscodes Rechtsextremisten verwenden, und diese zu decodieren wird immer schwieriger. Der Informationsabend widmet sich der rechtsextremen Szene vor allem in Österreich, ihren Codes, Symbolen, ihrer Musik und Mode.

Dienstag, 28. Oktober 2014, 18 Uhr
in der ÖGB-Zentrale,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
(U2-Station „Donaumarina“)

Anmeldung unter service@oegb.at oder
 (01) 534 44-39100 erforderlich.

Keine Papiere, keine Rechte?

Jeder hier illegal arbeitende Mensch hat einen österreichischen Schwarzarbeitgeber, der von seinem rechtlosen Status profitiert. Die Undok-Stelle hilft.

Seit Juni gibt es die UNDOK-Anlaufstelle, die KollegInnen mit ungeklärtem Aufenthaltsstatus bei der Durchsetzung ihrer Rechte hilft. „In Kooperation mit der zuständigen Gewerkschaft bzw. Arbeiterkammer unterstützen wir Betroffene, ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche einzufordern und wenn nötig auch gerichtlich durchzusetzen“, sagt Karin Jovic, Beraterin der UNDOK-Anlaufstelle.

Ein Fallbeispiel

Frau S. kam aus Ungarn nach Niederösterreich: Sieben Jahre arbeitete sie täglich von der Früh bis zum Abend mit einer kurzen Unterbrechung in einem Privathaushalt als „Mädchen für alles“. Am Anfang erhielt sie Kost und Logis sowie eine Packung Zigaretten im Monat. Nachdem Frau S. wieder nach Ungarn wollte, versprach ihre Arbeitgeberin ihr einen Lohn von 100 Euro im Monat. Also kam Frau S. zurück. Doch

die Situation verschlimmerte sich. Sie erhielt keinen Lohn und sie war körperlichen Übergriffen durch den Ehemann ihrer „Chefin“ ausgesetzt.

Recht haben und bekommen

Im Februar 2014 wandte sich Frau S. an eine Beratungsstelle für EU-BürgerInnen und wurde aufgrund des ausstehenden Lohns an die UNDOK-Anlaufstelle verwiesen, die sie nun zur AK Niederösterreich sowie zur zuständigen Gebietskrankenkasse begleitet, um eine Niederschrift über ihr Arbeitsverhältnis zu machen. Damit kann sie ihre arbeits- und sozialrechtlichen Ansprüche rückwirkend geltend machen.

KONTAKT

www.undok.at
 Tel.: 01/534 44-39040
 Öffnungszeiten: Montag 9 bis 12 Uhr,
 Mittwoch 15 bis 18 Uhr



„Lesen ist Bildung.
Bildung ist Zukunft.“

Erich Foglar, ÖGB-Präsident



20.–26. Oktober 2014
www.oesterreichliest.at

Reifen- und Autoservice

Sonderkonditionen für alle ÖGB-Mitglieder.



© akat / photocase.de

profi
PROFIREIFEN. PROFISERVICE.

Ein paar Wochen nur noch und der 1. November klopft an die Tür – mit ihm steht auch allen AutofahrerInnen ein

Reifenwechsel bevor. Die Sommerreifen müssen durch Winterreifen ersetzt werden. Nicht selten müssen auch neue Reifen gekauft werden, weil die alten total abgenutzt sind. Die Anschaffung ist nicht immer günstig. In Kooperation mit dem ÖGB bietet Profi Reifen spezielle Sonder-Einkaufspreise für alle ÖGB-Mitglieder.

Werkstatt in der Nähe

Der Reifenspezialist garantiert bei einem Reifenschaden Sofort-Hilfe innerhalb von 24 Stunden – und zwar europaweit. Umsteck-Termine können ganz einfach online unter www.profi-reifen.at/Termin reserviert werden. Alle näheren Informationen und auch den Standort in Ihrer Nähe finden Sie unter www.profi-reifen.at.

GUT GESAGT /// SCHMÄH VERZAPFT

»Damit eine Erbschaftsteuer so viel bringt, wie die Gewerkschaft plant, müssten sehr, sehr viele Menschen sterben. Wünscht uns der ÖGB den Tod?«

Norbert Rief („Die Presse“)



© photocase/bastografie

ÖGB und AK wollen eine Lohnsteuerentlastung. Offensichtlich sehen auch alle ein, dass das dringend notwendig ist, denn kaum jemand hat sich dazu bekannt, gegen „Lohnsteuer runter!“ zu sein. Wer trotzdem keppeln will, muss also untergriffig werden: Angst schüren vor der Enteignung des Eigenheims, vor pleitegehenden Handwerks-

unternehmen, vor Schnüfflern, die zu Hause Nachschau halten, ob Wertsachen vorhanden sind. Und eine Tageszeitung unterstellt dem ÖGB sogar, vielen Menschen den Tod zu wünschen, damit genug Geld über die Erbschaftsteuer hereinkommt. Wenn Argumente nicht helfen, kann man ja immer noch mit Dreck werfen.

DIE SPIELE-SZENE TRIFFT SICH

Das Spielefest feiert sein 30-jähriges Jubiläum



Die Tage werden kürzer und kälter: Die Zeit der Spiele beginnt wieder. Junge und alte Verspielte können auch dieses Jahr auf dem Spielefest in Wien alle Spielneuheiten genau unter die Lupe nehmen und austesten. Mehr als 5.000 Brett-, Karten- und Gesellschaftsspiele stehen zur Auswahl.

SPIELEFEST

14. bis 16. November 2014
Von 9 bis 19 Uhr im Austria Center
Vienna

Die Solidarität verlost drei Spiele für die ganze Familie:

- ♦ Voll Schaf (ab sieben Jahren)
- ♦ Abluxxen (ab zehn Jahren)
- ♦ Flizz & Miez (ab fünf Jahren)

Das Kreuzworträtsel auf Seite 23 ausfüllen und das Lösungswort an gewinnspiel@oegb.at senden.



DAMIT ES NICHT UNTER DIE HAUT GEHT

Juckreiz, Schuppenbildung, Ekzeme: So weit kommt es nicht, wenn man die Haut bei der Arbeit richtig schützt.

Wer „persönliche Schutzausrüstung“ hört, denkt mehr an einen Bauhelm als an einen Cremetiegel. Dass Hautschutz und Hautpflege nicht nur der Kosmetik und Schönheit dienen, sondern der Gesundheit am Arbeitsplatz – das muss sich in den Köpfen der Arbeitgeber erst durchsetzen. Diese sind verpflichtet, den ArbeitnehmerInnen Schutzcremes und Co. kostenlos zur Verfügung zu stellen, und zwar seit 1. Mai 2014 durch die „Verordnung Persönliche Schutzausrüstung“ (PSA-V). Die ArbeitnehmerInnen müssen die Schutzausrüstung anwenden. Schmutz, Chemie, UV-Strahlen und vieles mehr können Hautkrankheiten und -schädigungen verursachen. Deshalb ist der Hautschutz am Arbeitsplatz jetzt genau geregelt. „Das war längst notwendig“, meint Astrid Antes, Arbeitsmedizinerin bei der Unfallversicherung AUVA.

Vorbeugen ist entscheidend

Betroffen sind nicht nur Menschen, die ganz offensichtlich mit ätzenden Chemikalien arbeiten müssen. Feuchtigkeit tritt häufig auf, zum Beispiel auch unter Schutzhandschuhen, wenn man sie längere Zeit trägt. Mögliche Folgen: Juckreiz, Schuppenbildung, später Allergien und Ekzeme wie das sogenannte Friseur ekzem. Antes: „Man sollte so früh wie möglich mit Therapie und Schutzmaßnahmen beginnen.“

In der Regel wird zu wenig getan. Um beim Beispiel FriseurInnen zu bleiben: Beim Färben verwenden die

meisten noch Handschuhe, beim Haarewaschen jedoch schon nicht mehr. Außerdem: Handschuh ist nicht gleich Handschuh. Oft in Gebrauch sind Modelle aus Latex, und Latex-Allergien sind recht verbreitet. Alternative: Nitril-Handschuhe. Auch beim Eincremen ist wichtig, was man sich auf die Hände schmiert. Es müssen schon spezielle Schutzcremes sein, handelsübliche Feuchtigkeitscremes sind kein

geeigneter Ersatz. Sie können sogar alles noch schlimmer machen. Denn während eine Schutzcreme die Festigkeit der Haut stärkt, bewirkt eine Pflegecreme das Gegenteil. Sie macht die Haut weich und durchlässig für Schadstoffe.

Nur Aushängen reicht nicht

Die aktuelle Verordnung ist wichtig. Sie nützt aber nur etwas, wenn sie auch richtig interpretiert wird. „Leider hapert es oft bei der korrekten Anwendung“, weiß Arbeitsmedizinerin Antes. Zum Beispiel dürfen Einweghandschuhe tatsächlich nur einmal verwendet werden. „Das ist immer auch eine Sache der richtigen Schulung. Hautschutzpläne sollten nicht nur im Betrieb ausgehängt werden, sie müssen den Beschäftigten auch erklärt werden“, fordert ÖGB-Gesundheitsexpertin Ingrid Reifinger. Je öfter solche Unterweisungen stattfinden, desto besser. In diesem Punkt brachte die Verordnung aber eine Verschlechterung. „Unterweisungen müssen unter bestimmten Bedingungen nur mehr alle drei Jahre stattfinden. Das sollte schnell wieder geändert werden.“



INFORMATIONEN

Gesunde Arbeit

Mehr zum Thema persönliche Sicherheitsausrüstung sowie Tipps für den Hautschutz finden Sie auf www.gesunde.arbeit.at, der Lösungswelt zu Sicherheit und Gesundheit in der Arbeit. Gesunde Arbeit erscheint auch als Magazin: www.gesundearbeit.at/magazin



Keine Ausreden mehr – ein Topf muss reichen

von Florian Kräftner

SAMMELN
und
NACHKOCHEN!

09

Oktober 2014



© Thomas Apoll/Brandstätter Verlag

Zutaten

- ◆ 1 Liter Rote-Bete-Saft
- ◆ Salz
- ◆ weißer Pfeffer aus der Mühle
- ◆ 1 TL getrockneter Majoran
- ◆ ein Spritzer weißer Balsamico
- ◆ 2 Messerspitzen Akazienhonig
- ◆ 300 Gramm Fleckerl, Farfalle oder Spiralnudeln
- ◆ 250 Milliliter saure Sahne
- ◆ eine Prise gemahlener Kümmel
- ◆ ein Spritzer weißer Balsamico oder Zitronensaft
- ◆ frischer Majoran



Rezept aus:
Katharina Seiser, Meinrad
Neunkirchner
*Einer für ALLES. 80 Rezepte
und ein Topf*
Christian Brandstätter Verlag
208 Seiten, 29,90 Euro

Rote-Bete-Nudeln mit Kümmelcreme und Majoran

Oft ist es ja so: Man will zu Mittag was Gescheites essen, aber dann wird es doch wieder die Leberkäsemmel vom Supermarkt, weil keine Zeit vorhanden ist und keine Küche, die diesen Namen auch verdient. Nur Mikrowelle und eine einsame Elektroplatte im Pausenraum. Doch jetzt haben Meisterkoch Meinrad Neunkirchner und Kochbuch-Autorin Katharina Seiser 80 Gerichte versammelt, für die man jeweils nur einen einzigen Topf braucht. (Manchmal allerdings auch ein Backrohr.) Die schnellen Rezepte sind extra gekennzeichnet, zum Beispiel Kürbiseintopf mit Kümmel und Petersilienwurzeln, Erbsenragout mit geröstetem Schinken und Estragon oder Bratwürstchen mit Bohnen, Tomaten und Salbei. Auch super ist die Idee, Eierspeise einmal mit Marillenmarmelade zu servieren statt salzig. Die Zutatenbezeichnungen sind „deutschlanddeutsch“ (Meerrettich statt Kren etc.), das ändert aber überhaupt nichts daran, dass die Rezepte so gut geschrieben sind, dass

man sie ohne Schwierigkeiten nachkochen kann. Besonders schnell und einfach sind die Rote-Rüben-Nudeln, für die man nicht einmal Gemüse schneiden muss – und das Ergebnis ist trotzdem ein ganzes, echtes Mittagessen!

„Rote-Bete-Saft mit Salz, Pfeffer, Kümmel, Majoran, Balsamico und Honig im Topf vermischen, aufkochen. Für die Kümmelcreme saure Sahne mit Salz, Kümmel und Balsamico oder Zitronensaft verrühren und abschmecken. Nudeln im Rote-Bete-Saft bissfest kochen. Mit einem Sieblöffel herausnehmen. Saft dickflüssig einreduzieren, abschmecken. Nudeln beifügen, einmal durchrühren, evtl. gekochte Rote-Bete-Würfel beifügen. Anrichten. Mit Majoran garnieren, mit Kümmelcreme beträufeln.

Tipps: Endiviensalat dazu servieren. Mit frisch geriebenem Meerrettich bestreuen, mit kleinen gekochten Roten Beten garnieren. Die Kümmelcreme mit 1–2 EL Walnussöl verfeinern.“



GIFTIGE SPIELSACHEN

von Katja Dämmrich



© Judywie / photocase.de

das ist aber häufig der Fall, wie Untersuchungen zeigen. Meist kommt das mit Schadstoffen belastete Spielzeug aus China, so wie insgesamt 86 Prozent der europäischen Spielzeugeinfuhren. Die Gifte schaden nicht nur den Kindern, sondern auch den Menschen, die die Spielwaren herstellen. Darauf macht die Aktion „fair spielt“ aufmerksam. Auf ihrer Website ist zusammengefasst, welche Hersteller überwiegend in Europa produzieren lassen und welche Unternehmen nur mit chinesischen Zulieferfirmen zusammenarbeiten, die sich zu Mindeststandards verpflichtet haben.

fizierten chinesischen Lieferanten. Die Spiele, Karten und Co. werden österreichweit in vielen Geschäften verkauft. Faire Spielwaren gibt es auch in den Weltläden, wie Holzspielsachen und Puzzles aus Sri Lanka. Fair produzierte und/oder gehandelte Spielsachen ermöglichen den ArbeiterInnen ein gesundes Leben über dem Existenzminimum – und zugleich jede Menge Spaß für die Kinder.

"Fairspieler" Spaß

Der österreichische Produzent Piatnik etwa bezieht 94 Prozent seiner Spielwaren aus der Europäischen Union. Der Rest stammt von zerti-

Puppen, Spielsteine und Puzzles duften und sind schön bunt. Dadurch nehmen Kinder die Spielsachen

gern in den Mund. Kein Problem, solange die Spielfiguren keine krebserregenden Stoffe enthalten. Genau

LINKTIPPS

Eine Übersicht, welche Hersteller ihre Spielwaren aus China und/oder aus der EU beziehen, gibt es unter www.fair-spielt.de

Fair gehandelte Spielsachen gibt es in den Weltläden oder im Online-Shop unter www.eza.cc

IMPRESSUM

Herausgeber:

Österreichischer Gewerkschaftsbund, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1.

Medieninhaber:

Verlag des Österreichischen Gewerkschaftsbundes GmbH, 1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/662 32 96-0, Fax: 01/662 32 96-39793, E-Mail: zeitschriften@oegbverlag.at, www.oegbverlag.at

Herstellerin:

Leykam Druck GmbH & Co KG, 7201 Neudörf, Bickfordstr. 21.

Verlagsort:

Wien.

Herstellungsort:

Neudörf.

Chefredaktion:

Alexa Jirez.

Kaufmännische Leitung:

Christoph Höllriegl.

Chefin vom Dienst:

Amela Muratovic.

AutorInnen:

Florian Kräftner, Katja Dämmrich, Josef Muchitsch, Carmen Janko (OÖ), Christoph Schulz (Salzburg), Benjamin Praxmarer (Tirol), Beate Horvath (Burgenland), Martina Steiner (Kärnten), Bernt Neumann (Vorarlberg), Marcus Arige (NÖ), Martin Fill (Steiermark)

Artredaktion & Grafik:

Reinhard Schön (AD)

Illustrationen:

Isabelle Carhoun

Anzeigen:

Thomas Aichelburg-Rumerskirch, www.brandcom.at, soli@brandcom.at.

Sekretariat:

Sonja Adler.

Lektorat:

Karin Flunger.

Redaktionsadresse:

1020 Wien, Johann-Böhm-Platz 1, Tel.: 01/534 44-39263, Fax: 01/534 44-39916, E-Mail: soli@oegb.at, www.oegb.at/soli

Offenlegung gemäß Mediengesetz, §25:

www.soli.at/offenlegung

Für unverlangt eingesendete Manuskripte und Fotos keine Gewähr. Nachdrucke, auch auszugsweise, nur mit Zustimmung der Redaktion und mit Quellenangabe. Namentlich gekennzeichnete Artikel müssen nicht der Meinung der Redaktion entsprechen.

ZVR-Nr.: 576439352

DVR-Nr. 0046655



WO KREUZ T

Verlost werden drei Spiele:
Voll Schaf, Abluxxen, Flizz & Miez.

1	2	3	4	5	6	7
---	---	---	---	---	---	---

Lösung bitte einsenden an:
Redaktion Solidarität,
Johann-Böhm-Platz 1, 1020 Wien
oder gewinnspiel@oegb.at
Einsendeschluss: 7. November 2014

Südasiat	schott. Seeungeheuer (ugs.)	Abk.: Demokrat. Republik Kongo	holl. Käsesorte	▼	scharfe Kante	schwerfallende Spende	Kfz-Z. Gänserdorf/NO	Assistent	▼	streichfähiges Medikament
▶	▼	▼	▼		Weinort im Burgenland	▶	▼	▼		4
Kartoffel (Mz.)	▶	6								Teil der Gärtnerei
Kartenspiel	▶			2	feuchte Abwechslung im Sommer	▼	Abk.: Hauptbahnhof	▶		▼
Gaunersprache: Kriminalpolizist		Wohlbefinden		Jagdbezirk	▶					
▶		▼					süd-amerik. Kamel		span. Volksfest	
▶	5			Ort im Waldviertel	▼	Klettertier in den Tropen	▶			
Ozean	Schiffsschlafstelle		Filmvertriebsfirma	▶						
nord-russ. Halbinsel	▶					Abk.: Sekunde		Abk.: elektron. Berichterstattung	▶	
Abk.: Offene Gesellschaft	▶		Kfz-Z. Leoben (Land)		Hasenlager	▶			1	
öster. Autorin (Elfriede)	▶					3		Abk.: Tetanus	▶	®
Stadt u. Fluss in Österreich	▶		7		Edelsteingewicht	▶				s1112.2-18



LOHNSTEUER RUNTER!

DAS ÖGB/AK-MODELL IST DA:
JETZT LIEGT'S AN DER REGIERUNG!

**1.480 EURO MEHR
FÜR ANDREA.
NETTO. IM JAHR.**

Geld, das die Forscherin aus Wien gut gebrauchen könnte.
„Um meinen kleinen Garten endlich nach meinen Wünschen
zu gestalten.“



Jetzt eigenen Vorteil ausrechnen!
www.lohnsteuer-runter.at

ÖGB ÖSTERREICHISCHER
GEWERKSCHAFTSBUND

Ein Ersuchen des Verlages an den/die BriefträgerIn:
Falls Sie diese Zeitschrift nicht zustellen können, teilen Sie
uns bitte hier den Grund und gegebenenfalls die neue oder
richtige Anschrift mit

Straße/Gasse

Haus-Nr./Stiege/Stock/Tür

Postleitzahl

Ort

Besten Dank